

Solidarität in Zeiten von Corona

Das Corona-Virus breitet sich aus. Es wird unser Gesundheitssystem einem Härtestest unterziehen. Es wird die Lebensumstände von uns allen in der kommenden Zeit (noch) erheblich verändern. Gleichzeitig rechnen wir wegen der Epidemie mit einem Konjunkturbruch. Neben all den medizinischen Maßnahmen, den Soforthilfe-Paketen und Co. kann und muss es aber auch um klare politische Forderungen gehen. Denn gerade jetzt wird deutlich, wo seit Jahrzehnten die Bundesregierungen bzw. politischen Mehrheiten, egal ob unter und mit Schwarz, Rot, Gelb oder Grün, im

der sich am tatsächlichen Bedarf bemisst. DIE LINKE fordert (schon seit Jahren): Endlich wieder investieren! Wir müssen sicherstellen, dass es flächendeckend öffentliche Krankenhäuser gibt, mit genügend Personal. Wir müssen medizinische Testlabore und medizinische Forschung in öffentlicher Hand stärken. Und wir müssen dafür sorgen, dass wir in der Produktion wichtiger Medikamente und Medizinprodukte nicht von Lieferant*innen aus Übersee oder Fernost abhängig sind. Das sind Investitionen, die uns fit machen, um die Corona-Epidemie zu überstehen.

in was für einer Gesellschaft wir leben: Wird die soziale Spaltung drastischer oder tun wir das Richtige und stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt und geben eine solidarische Antwort? Natürlich macht die Lage auch vor uns als Partei in TF nicht halt. Wir haben alle unsere Veranstaltungen bis in den Mai hinein abgesagt. Dazu gehören nicht nur unsere Zusammenkünfte in den Basisstrukturen der Partei – der Kreisvorstand tagt zum Beispiel aktuell nur noch in Telefonkonferenzen – sondern zum Beispiel auch unser 7. FrühLINKSempfang



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

Ich möchte an dieser Stelle Danke sagen an den Krisenstab des Landkreises. Namentlich Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) und Krisenstabsleiterin Dr. Silke Neuling leisten seit Wochen großartige Arbeit, oftmals rund um die Uhr und nicht selten über die Belastungsgrenze hinaus.

Es ist jetzt keine Zeit für Panik, sondern für gesellschaftliches Zusammenstehen. Helfen wir denen, die sich nicht mehr allein helfen können: Fragen wir nach dem Befinden der Nachbarin, machen wir dem Nachbarn Hilfsangebote für notwendige Einkäufe oder Botengänge. Denken wir auch an die Genossinnen und Genossen unserer Basisorganisationen, die allein zu Hause sind. Nehmen wir den Telefonhörer in die Hand, spenden wir Zeit und ein Ohr. Es gibt ein Wort, um in einer Zeit der corona-bedingten Einsamkeit unsere Stärke als Gesellschaft und erst recht als LINKE auszudrücken: Solidarität!

FELIX THIER
Kreisvorsitzender



Gesundheitssystem die Probleme verursacht haben: Es muss aufhören, das Gesundheitssystem auf Kostenersparnis und Profit zu trimmen! Nicht erst seit Corona wissen wir, dass in der deutschen Pflege der Notstand herrscht. In den Krankenhäusern sind Stationen unterbesetzt, und das seit Jahren. In diesen Tagen hört man oft, wie Regierungsvertreter*innen den Beschäftigten im Gesundheitswesen ihren Dank aussprechen. Das ist gut und dem schließe ich mich uneingeschränkt an! Aber es braucht mehr als schöne Worte. Es braucht vor allem mehr Personal. Dazu gehört ein gesetzlicher Personalschlüssel,

Gleichzeitig rufe ich Euch auf: Gebt aufeinander Acht und übt praktische Solidarität. Bitte unterstützt ältere und in Quarantäne befindliche Menschen in Eurer Nachbarschaft indem ihr beispielsweise Einkäufe miterledigt, Botengänge übernehmt und bietet Eure Hilfe im Alltag an. Entscheidungen von Behörden zum Schutz der Gesundheit sollten dabei unbedingt befolgt werden. Panik oder Hamsterkäufe gehen auf unser aller Kosten – Achtsamkeit hingegen hilft uns allen. Es kommt jetzt darauf an, zusammenzustehen, Solidarität zu üben und aufeinander zu achten! In dieser Krise wird sich mit entscheiden,

im April oder die Feierlichkeiten und Zusammenkünfte am 1. Mai. Ja, es wird dieses Mal am 1. Mai kein Familienfest unseres Kreisverbandes in Luckenwalde geben. Aber ich verspreche: Die in diesem Jahr anstehende 30. Auflage unseres politischen Höhepunktes in der gesamten Region wird auf den 1. Mai 2021 verschoben! Wir werden die Lage und die Krise meistern, davon bin ich überzeugt. Zuerst mit Solidarität und Vernunft. Passen wir aufeinander auf. Und uns allen viel Gesundheit!

Felix Thier, Kreisvorsitzender

VON ANKE DOMSCHEIT-BERG

Die mangelhafte Digitalisierung rächt sich in Zeiten der Corona-Pandemie

Millionen Schüler*innen in Deutschland können momentan nicht in die Schule gehen, Universitäten bieten Vorlesungen nur noch online an und Berufstätige sitzen im Home-Office, sofern es ihr Job erlaubt, oder sind durch Quarantäne am Verlassen der Wohnungen gehindert. Die Corona-Pandemie hat unser aller Leben erheblich eingeschränkt. Aber die jahrelangen Versäumnisse

der Bundesregierung, eine funktionierende und zeitgemäße digitale Infrastruktur als Daseinsvorsorge aufzubauen, rächt sich in Krisenzeiten besonders.

So schauen viele Schüler*innen in die Röhre, denn digitale Bildung ist bei uns kein Standard. Die Problematik im Bildungsbereich ist dabei äußerst vielschichtig. So sind viele Schulen für digitales Lernen nicht ausreichend ausgestattet, die Lehrkräfte ungenügend ausgebildet. Lehrer*innen haben keine beruflichen E-Mail-Adressen, von Pilotprojekten abgesehen, gibt es keine etablierten Plattformen oder Prozesse für digitales Lernen, der



BUNDESTAG UND KOMMUNE

Erwerb von Kompetenzen in der digitalen Bildung ist immer noch kein verpflichtender Teil der Lehrerbildung. Mangels Alternativen greifen einige Schulen jetzt auf Dienste zurück, die datenschutz- und urheberrechtlich problematisch sind, manche schicken kopierte Hausaufgaben in Briefumschlägen an die Schüle*innen. Beides ist nicht akzeptabel.

Aber auch der langsame und seit Jahren verschlafene Breitbandausbau fällt uns auf die Füße, denn weder alle Schulen noch alle Schülerinnen und Schüler verfügen über ausreichend schnelle Internetverbindungen, um eine sinnvolle digitale

Lernumgebung zu ermöglichen. Die bestehende Ungleichheit im deutschen Bildungssystem wird durch eine solche Krise noch verschärft: dabei sollte es egal sein, ob Kinder in der Stadt oder auf dem Land leben, ob sich Eltern eine schnelle Internetverbindung und elektronische Geräte für digitale Bildung leisten können oder nicht.

Solche Probleme gibt es aber nicht nur in der Bildung, sondern auch beim Arbeiten im Home-Office, denn auch hier hilft die Genehmigung des Arbeitgebers wenig, wenn es im Home-Office keinen ausreichenden Breitbandanschluss gibt. So müssen mehr als nötig Menschen an ihre Arbeitsplätze fahren und setzen sich und Dritte Infektionsrisiken aus, nur weil die Bundesregierung die digitale Daseinsvorsorge versäumt hat.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227 731 07

Telefax: 030/227 761 07

E-Mail: anke.domscheit-berg@bundestag.de



VON NORBERT MÜLLER

Rettet sie alle: Massengrab auf den griechischen Inseln verhindern!

Während hierzulande im Zuge der Corona-Pandemie allerorten Solidarität beschworen und gefordert wird, ist sie andernorts nur schwer ausfindig zu machen. Die Rede ist von den Geflüchtetenlagern auf den griechischen Inseln Lesbos und Chios. 24.000 Menschen leben derzeit im sogenannten Camp Moria unter widrigsten Bedingungen. Auf der Nachbarinsel Chios sind es »nur« 6.000 – die Lage dort soll sich jedoch ähnlich katastrophal darstellen.

Denn nachdem in den letzten Wochen bereits peu à peu Helfer*innen und NGOs verdrängt wurden, geht man nun dazu über die Menschen sich selbst zu überlassen. Lebensmittel und Wasser werden nur noch

schmal rationiert ausgegeben und dürften gerade so vor dem Hungertod bewahren. 1.000 Kilokalorien pro Person pro Tag, weniger als die Hälfte einer empfohlenen Tagesmenge, werden den Insassen zugeteilt, dazu neun Liter Trinkwasser pro Familie, unabhängig von ihrer Größe. Während hier die Sorge fehlendem Desinfektionsmittel gilt, wird auf Lesbos gerade die Versorgung mit fließendem Wasser eingestellt. Obendrein treiben auf den Inseln noch immer rassistische Banden ihr Unwesen, greifen Menschen an und legen Brände.

Allein diese Fakten lassen erahnen, welche unwürdigen Bedingungen dort herrschen. Mein Fraktionskollege Michel Brandt hat sich vor Kurzem vor Ort ein Bild von der Lage gemacht. »Das Leid, der Tod von Menschen wird [von der EU] billigend in Kauf genommen«, so sein Resümee.

Was wir jetzt brauchen, ist eine sofortige Evakuierung aller dort lebenden Menschen. Deutschland



BUNDESTAG UND KOMMUNE

allein hätte die Kapazitäten, alle dort eingepferchten Menschen sicher unterzubringen. Wer hier nur zuschaut und auf »gemeinsame« Lösung wartet, macht sich durch Unterlassen mitschuldig.

Ich befürchte, auch ohne die Pandemie wäre die Situation in den Lagern dramatisch. Mit ihr handelt es sich um eine Zeitbombe, für ein weiteres Massengrab im Verantwortungsbereich der Europäischen Union.

Voller Inbrunst schließe ich mich daher dem Aufruf an:

#SAVEthemALL – Rettet sie alle!

Wer von zu Hause aus solidarisch mit den Menschen in den Lagern handeln möchte, kann dies vor allem durch Spenden:

Mission Lifeline:
mission-lifeline.de

Leave No Behind:
leavenoonebehind2020.org/de/donate

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 03385/49 45 21

Telefax: 03385/49 45 22

E-Mail: norbert.mueller@bundestag.de

VON HELMUT SCHOLZ

**Europäisches
Sofortmaßnahmen-Paket:
Schutz von Menschenleben,
Arbeitsplätzen und
Einkommen gewährleisten**

Wir stehen vor einer nie dagewesenen globalen Gesundheitsnotlage. Dies erfordert eine Reaktion nie gekanntes Ausmaßes. An erster Stelle muss hierbei der Schutz von Menschenleben stehen. In immer mehr Mitgliedstaaten der EU stoßen die Gesundheitssysteme an ihre Grenzen, während der Coronavirus für die Beschäftigten im Gesundheitswesen zunehmend zur Gefahr wird.

Unsere EP-Fraktion fordert einen Katalog massiver, EU-weit koordinierter Sofortmaßnahmen – koste es, was es wolle.

Drei zentrale Maßnahmen wurden von den EU-Institutionen bislang getroffen, um der Notlage Herr zu werden:

■ Seitens der Europäischen Zentralbank (EZB) wurde am 12. März ein Paket zur Liquiditätssicherung im



Uwe Valkner/FOX

EUROPA UND KOMMUNE

Banken- und Finanzsektor vorgelegt.

■ Die Kommission kündigte an, im Rahmen ihrer Investitionsinitiative zur Bewältigung der Corona-Krise Gelder aus bestehenden EU-Fonds zur Verfügung zu stellen.

■ Am 18. März verkündete die EZB ein Pandemie-Notkaufprogramm, über das sie zusätzliche 750 Milliarden Euro zum Ankauf staatlicher und privater Anleihen bereitstellt.

Wir begrüßen die getroffenen Maßnahmen – um eine Krise in diesem

Ausmaß in den Griff zu bekommen, reichen sie jedoch bei weitem nicht aus. Die Pandemie-Krise macht massive Investitionen der Mitgliedstaaten erforderlich. Flankierend bedarf es einer vorbehaltlosen Rückendeckung seitens der EZB, die hierzu alle in ihrer Macht stehenden Möglichkeiten ausschöpfen muss. Wir müssen ein umfangreiches, EU-weites fiskalpolitisches Paket durchsetzen, das auf Solidarität beruht und dafür sorgt, dass Gelder an Staaten und bedürftige Bevölkerungsgruppen und Bürger*innen fließen.

Wir fordern ein Sofortmaßnahmen-Paket der EU, das sich aus folgenden Kernpunkten zusammensetzt:

- 1) Aussetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes;
- 2) Aussetzung der EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen;
- 3) Sofortige Erhöhung, Mobilisierung und Neuausrichtung von Fonds;
- 4) Bedingungslose Zahlung an alle EU-Bürger*innen durch EZB (mindestens 2.000 Euro an alle EU-Bürger*innen);

- 5) Reform des »Kapitalschlüssels« der EZB auf Grundlage des Finanzierungsbedarfs der Mitgliedstaaten;
- 6) ESM-Kredite müssen durch neuen Mechanismus zinslos und bedingungslos vergeben werden;
- 7) Umwidmung Ankaufprogramm der EZB des Unternehmenssektors um KMU zu begünstigen;
- 8) Unterstützung für KMU durch die Europäische Investitionsbank;
- 9) Verbot von Leerverkäufen und Spekulationsattacken;
- 10) EU-Sanktionen beenden, die betroffene Länder schädigen.

Die Details finden sich hier:

www.helmutscholz.eu/kontext/controllers/document.php/109.1/c/50f9ea.pdf

Kontakt:

Helmut Scholz, MdEP

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227 718 90

Telefax: 030/227 768 19

E-Mail: wk@helmutscholz.eu

VON ISABELLE VANDRÉ

**Kultur vor
Corona-Auswirkungen
schützen!**

Es ging ganz schnell: Innerhalb weniger Tage untersagte die Landesregierung erst Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Personen, dann mit mehr als 100, schließlich mussten Bars und nahezu alle Geschäfte, die nicht der Lebensmittel-Versorgung dienen, schließen. Das Ziel: soziale Kontakte rigoros einschränken, um die Verbreitung der Covid-19-Pandemie drastisch zu verlangsamen. Wir wissen aktuell nicht welche Maßnahmen noch auf uns zukommen und wie lange diese Einschränkungen des öffentlichen Lebens notwendig sein werden, aber die z. T. existenzbedrohenden Folgen sind für viele Menschen schon jetzt spürbar.

Ein Bereich, der unmittelbar Alarm schlägt, ist die Kunst- und Kreativszene.

Doch was bedeutet die Corona-Krise für die Kunst- und Kulturschaffenden konkret und wie können wir die möglicherweise dramatischen Folgen abwenden?

Zunächst einmal fehlen durch Veranstaltungsabsagen die Einnahmen, aus denen (sozio-)kulturelle Einrichtungen sich trotz staatlicher Unterstützung zu einem Großteil finanzieren. Auch Künstler*innen haben Einnahmeeinbußen zu verzeichnen, da sie auf unbestimmte Zeit nicht mehr gebucht werden können. Genau hier müssen Kommune, Land und Bund schnellstmöglich ansetzen und handeln! Es müssen unkomplizierte und unbürokratische Möglichkeiten geschaffen werden, damit Personen in der Kultur- und Kreativbranche ökonomisch abgesichert werden und das kulturelle Leben die Pandemie-Zeit übersteht. Hierfür habe ich ein drei Punkte Sofortmaßnahmen-Programm erarbeitet. Dieses sieht

1. direkte finanzielle Hilfen (Stundung von Steuervorauszahlungen, Erlass von Mietzahlungen, Bezuschussung von Kassenbeiträgen, befristete, steuerfreie Hilfszahlungen für Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmen),
2. die Übernahme der Haftung bei Veranstaltungsausfällen durch das Land und
3. die Ermöglichung unbürokratischer Kredite sowie die Flexibilisie-



LANDTAG UND KOMMUNE

rung von bereits bewilligten Fördermitteln vor. Wichtig ist dabei vor allem der Faktor Zeit! Auch wenn die ein oder andere Forderung bereits durch den Bund und die Länder in Aussicht gestellt wurden, müssen sie dringend aufeinander abgestimmt und schnellstmöglich bei den Betroffenen wirksam werden.

In Zeiten des Shutdowns bekommen wir alle zu spüren, wie wichtig soziokulturelle Treffpunkte und Kneipen für unsere Freizeitgestaltung und gesellschaftliche Teilhabe sind.

Auch die Wahlkreisbüros der Landtagsabgeordneten sind vorerst geschlossen. Ich biete daher zurzeit eine **Telefonsprechstunde** unter der Nummer **0331/24371929** an: **Montag 14 bis 16 Uhr, Donnerstag 10 bis 12 Uhr.**

Ihr könnt Euch mit Euren Anliegen, Eurer Kritik und Euren Debatten gerne mit mir austauschen. Bleibt gesund und seid solidarisch mit Eurem Umfeld!

Kontakt:

Isabelle Vandré, MdL
Fraktion DIE LINKE.
im Landtag Brandenburg

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331/9661533

E-Mail: isabelle.vandred@linksfraktion-brandenburg.de
Facebook: [facebook.com/isabelle.vandred](https://www.facebook.com/isabelle.vandred)

Unsere Berichte vom Landesparteitag in Templin

MARITTA BÖTTCHER:

Ich bin in ziemlicher Sorge nach Templin gefahren. Ein Templiner Parteitag ging schon mal ziemlich schief. Umso mehr war ich erfreut, dass die Wahlen gut ausgingen. Die inhaltliche Diskussion konzentrierte sich auf das Wesentliche und die Antragsdiskussion sowie deren Abstimmung waren von Verantwortung getragen. Der Schock über das schlechte Wahlergebnis saß tief und wandelte sich um in Verantwortungsbewusstsein! Schlussendlich zeigte sich, dass DIE LINKE in Brandenburg handlungsfähig ist und verstanden hat. Das ist eine große Chance, die wir nutzen müssen. Es gibt viel zu tun und noch mehr zu verteidigen. Die einzige Landrätin der LINKEN in Brandenburg braucht mehr als Zuspruch. Sie braucht Unterstützung und ausreichend Stimmen im nächsten Jahr, um zu bleiben! ■

KATHARINA CLAUS:

Mein erster Landesparteitag! Ich spürte eine große Motivation und eine positive Stimmung bei fast allen Delegierten, Schulterchluss. Ich war überrascht über die vielen Redebeiträge, sie waren überwiegend sachlich und konstruktiv. Die Diskussion über die Parteitagsbeschlüsse war für mich streckenweise sehr verwirrend, da ich ständig zwischen den vorliegenden Dokumenten hin und her springen musste, aber ich habe es geschafft. Ich fand es sehr wohltuend, dass es fliegende Wahlurnen gab, das war sehr zeitsparend. Was ist mein Fazit: DIE LINKE ist konstruktiv zusammengedrückt und hat den Schulterchluss verinnerlicht. Ein ganz dickes Lob und ein großes Dankeschön an das Organisationsteam des Landesparteitages. ■

ANNEKATHRIN LOY:

Der letzte Landesparteitag liegt nun schon über einen Monat zurück – gefühlt vor einer Ewigkeit, als unser tägliches Leben noch nicht vom Corona-Virus geprägt war – und die Agenda war vollgepackt. Der Rechenschaftsbericht der Landesvorsitzenden zur letzten Wahlperiode wurde ohne Diskussion angenommen. Wir haben wieder

eine weibliche Doppelspitze mit Anja Mayer und Katharina Slanina, Martin Günther wurde als einziger Bewerber für den stellvertretenden Landesvorsitz gewählt, Mario Dannenberg zum neuen Landesschatzmeister und Stefan Wollenberg wurde zum Landesgeschäftsführer wiedergewählt. Außerdem wurden weitere zwölf Mitglieder in den erweiterten Landesvorstand gewählt. Ich bin stolz berichten zu dürfen, dass meine Premiere einer Antrittsrede auf einem Landesparteitag so positiv ausging und ich mit 81,5 Prozent in den neuen Landesvorstand gewählt wurde. Zusammen mit Anne-Frieda (91,1 Prozent), die ich bereits im Seminar »Politik im Ehrenamt« 2014 kennenlernen durfte.

Der Leitantrag wurde beschlossen, damit auch der Auftrag an den neuen Landesvorstand, eine Verstärkung digitaler Formate und die Nutzung von Videokonferenzen für Veranstaltungen herbeizuführen. Wer hätte gedacht, dass ein paar Wochen nach dem Beschluss des Leitantrages Präsenzveranstaltungen untersagt sind und digitale bzw. telefonische Konferenzen auf allen Ebenen zum innerparteilichen Hauptkommunikationsmittel werden?

Wir werden abwarten müssen, was die aktuellen Verordnungen für (hoffentlich positive) Effekte haben und werden unsere Klausur im Landesvorstand sicherlich, wenn nötig auch online abhalten, um uns über inhaltliche Schwerpunkte und Aufgabenpakete für die kommenden zwei Jahre zu verständigen. ■

SILVIO PAPE:

Unser Landesparteitag war überschattet von den Attentaten in Hanau, vier Tage zuvor. Das Jugendbündnis Templin rief aus diesem Anlass an dem Sonntag zu einer Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus auf, der sich der Parteitag nach schnellem Einvernehmen anschloss. So fanden sich zum Demo-Beginn wir, mit etwa 70 Genossen, sowie etwa 30 vorwiegend jüngere Templiner*innen zusammen. Es war auch ein kleiner Haufen von zehn AfD-nahen »Gegendemonstranten« anwesend. Unklar, wogegen sie in



Anbetracht der Ereignisse von Hanau überhaupt demonstrieren wollten. Unsere Bundesvorsitzende Katja Kipping ging in Ihrer Eröffnungsrede so auch darauf ein, dass es sich in Hanau keinesfalls nur um einen psychisch kranken Einzeltäter handelt. Vielmehr muss sich die AfD zu Recht den Vorwurf gefallen lassen, mit ihrer Rhetorik, ihrem Auftreten in den Parlamenten und der Öffentlichkeit den Nährboden für Hanau, Halle und dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten bereitet zu haben. Sie hat eine große Mitschuld an der Verrohung der Gesellschaft – Online als auch im realen Leben – durch sie fühlen sich rechtsnationalistische, rassistische Gewalttäter überhaupt erst legitimiert, Ihre Vorstellungen in die Tat umsetzen zu dürfen. ■

CHRISTOPH THIELKE:

Spätestens seit Fridays for Future ist klar: Die Jugend, die ist so politisiert wie seit langem nicht mehr. Wir müssen uns eingestehen, dass auch wir ein immer höher werdendes Durchschnittsalter haben. Dieses Problem müssen wir angehen. Umso erfreulicher war es, auf dem Parteitag nicht nur die wortfreudige Delegation der brandenburger linksjugend [solid] anzutreffen, sondern auch einige junge Delegierte aus den einzelnen Verbänden. Ich freue mich sehr, dass in den Landesvorstand sechs Genoss*innen unter 35 Jahren gewählt wurden. So kann gesichert werden, dass auch in einer immer älter werdenden Gesellschaft Probleme angesprochen werden, welche uns, der Jugend, am Herzen liegen: Klimawandel, Chancengleichheit in der (Aus-) Bildung, Kampf dem Aufblühen des »neuen« alten Nationalismus ... Der LPT war auch ein guter Ort für einen Austausch über die verschiedensten Themen. So ist auch die Forderung »Mehr Jugend wagen!« zu lesen. ■

FELIX THIER:

Landesparteitag, der Siebente. Zumindest als Parteitag der LINKEN. Aber noch viel länger fahre ich nun schon relativ regelmäßig als Delegierter unseres Kreisverbandes zu den Tagungen unseres höchsten Beschlussgremiums. Das Erste Mal war ich mit 17 Jahren noch als Sympathisant zu einem Landesparteitag (LPT) der PDS in Cottbus delegiert. Viel ist seitdem passiert, viele Höhen, und leider auch Tiefen, hat unsere Landespartei seitdem durchlebt. In Templin feierten wir 30 Jahre PDS, DIE LINKE.PDS und DIE LINKE. Wir gestalteten und gestalten die Politik in diesem Land mit – egal, ob als Opposition oder Teil der Regierung. In den frühen 1990er Jahren waren wir aus der Opposition heraus sogar mitgestaltende Kraft bei der hiesigen Landesverfassung. Das kann nicht jede der heute (noch) im Landtag vertretenen Parteien von sich behaupten.

Aus diesem Anlass gab es eine Torte für die Delegierten. Auf die nächsten 30 Jahre! Und abschließend ein Wunsch zum Geburtstag: Es wäre nicht schlimm, wenn die nächsten Jahre dann auch wieder etwas besser für uns würden. ■



Beim Geburtstagstorte anschneiden: Landesvorsitzende Diana Golze mit unseren beiden Landtagsfraktionsvorsitzenden, Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter. (Foto: Felix Thier)

Frauentag 2020

»Der internationale Frauentag ist die wichtigste Kundgebung für das Frauenwahlrecht gewesen, welche die Geschichte der Bewegung für die Emanzipation des weiblichen Geschlechts bis heute verzeichnen kann.« (Clara Zetkin, 1911)

DIE LINKE.Teltow-Fläming gratulierte zum Internationalen Frauentag. Zu den Glückwünschen gehören aber noch immer auch Kampfesgrüße: Noch immer sind es die Frauen, die

neben ihrer Erwerbsarbeit 52 Prozent mehr Pflege- und Erziehungsarbeit leisten als Männer, ohne dafür adäquate gesellschaftliche Anerkennung zu erfahren. Die Gefahr von Altersarmut für Frauen ist um ein Vielfaches höher als die für Männer. Gleiche Arbeit wird noch immer ungleich bezahlt – Frauen verdienen für dieselbe Arbeit immer noch 21 Prozent weniger. Gewalt gegen Frauen gehört immer noch zum Alltag, den-

noch sind Frauenhäuser chronisch unterfinanziert.

Es genügt also nicht, am 8. März Blumen zu verteilen und warme Worte zu finden. Der Kampf um wirkliche Gleichberechtigung muss jeden Tag und in allen Bereichen geführt werden. Selbstverständlich ist sie noch lange nicht!

Wir als LINKE bleiben an dem Thema dran – jedes Jahr, überall!

Maritta Böttcher, Jüterbog



Frauentag in Jüterbog

Der Frauentag in Jüterbog war in diesem Jahr ein Dank und eine Ehrung an die vielen ehrenamtlichen Frauen in der eigenen Partei und natürlich auch an die Sympathisantinnen. Die Männer waren mit eingeladen, denn sie sind allein, wenn ihre Frauen aktiv sind! Es war also mal ein Tag, der nur uns gehörte!

Maritta Böttcher, Jüterbog



Rote Rosen zum Frauentag an Pflegerinnen in Zossen verteilt

DIE LINKE. Zossen hat rote Rosen an Pflegerinnen im Seniorenwohnpark der Pro-Curand in Nächst Neuen-dorf, im Seniorenheim »Am Rosengarten« der VS Bürgerhilfe in Wünsdorf und in der DRK Wohnstätte am alten Schloßpark in Zossen überreicht. Trotz des vollen Dienstplans kam so manches Gespräch zustande. Immer wieder kommt man zu dem Schluss, dass eine Pflege-Vollversicherung benötigt wird, die alle pflegebedingten Leistungen umfasst. Diese muss über eine solidarische Pflegeversicherung finanziert werden. Anders als jetzt, sollten alle einzahlen, auch privat Versicherte, Beamte, Abgeordnete und Selbstständige – ohne Beitragsbemessungsgrenze. Dadurch wäre mehr Geld für

mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege vorhanden. Besonders in der Pflege zeigt sich: Wo vor allem Frauen arbeiten, da sind die Arbeitsbedingungen schlecht und die Löhne niedrig. Sehr beeindruckt zeigten sich Max Reimann und Carsten Preuß, wie professionell sowohl Leitung als auch insbesondere Mitarbeiterinnen mit den Schwierigkeiten in der Pflege umgehen, um das

Leben der ihnen Anvertrauten doch so angenehm wie möglich zu gestalten. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dem Pflegeberuf eine höhere Wertschätzung beizumessen.

Da der Großteil der Blumenproduktion in Ländern des globalen Südens erfolgt, haben wir bei den Rosen Fairtrade-Standards berücksichtigt.

Carsten Preuß, Zossen



Frauentagsfeier in Luckenwalde

Der Stadtverband Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal feierte im Kieztreff.

Der Vorsitzende des Stadtverbandes, Hartmut Ukrow, begrüßte die Landtagsabgeordnete Isabelle Vandr  und nach seinen Ausführungen zur politischen Lage gab es rege Diskussionen.

Ein Höhepunkt war der Auftritt der Mädchenband »TSYLKA« unter Leitung von Gerald Bassing. Ihre erfrischenden Lieder riefen Erinnerungen wach. Dank gilt den Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeitern des Mehrgenerationenhauses, die uns mit selbstgebackenem Kuchen und herzhaften Schnittchen liebevoll versorgt haben.

Annelore Müller, Luckenwalde



Der Kreisvorsitzende unserer Partei, Felix Thier, überbrachte zusammen mit dem Vorsitzenden der Luckenwalder Stadtverordnetenversammlung, Jochen Neumann, wieder rote Nelken, die dieses Mal an die Mitarbeiterinnen des Luckenwalder Hospizes und das Pflegepersonal im Seniorenstift St. Josef in Luckenwalde übergeben wurden. »Danke, dass es die Frauen gibt«, mit diesen Worten und natürlich den roten Nelken, zauberte Felix Thier allen ein Lächeln ins Gesicht. Im Aufenthalts- und Speiseraum des Stiftes applaudierten die Bewohnerinnen und Bewohner sogar erfreut über den blumenreichen Besuch.

Sabine Gumpel, Jüterbog



L E S E U L E



»Ich habe viel Glück in meinem Leben gehabt, ein ganz großes Glück, ein unheimliches Glück.«

Das sagt eine inzwischen 95-jährige Frau, 1,48 m groß, die Himmel und Hölle erlebt hat. Esther Bejarano, geb. Loewy, wächst mit vier Geschwistern in einer musikalischen jüdischen Familie im Saarland auf.

Nach der Machtergreifung der Faschisten sind Juden der Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt.

Esther lebt u. a. auch in Ahrensdorf bei Trebbin, wo jüdische Jugendliche durch Arbeit in der Landwirtschaft auf das Leben in Palästina vorbereitet worden sind. Nach Schließung der Hachschara-Lager 1941 ist das Zwangsarbeitslager Neuendorf (bei Fürstenwalde) ihre nächste Station. (Ende November 1941 waren ihre Eltern von Breslau nach Kaugas/Litauen deportiert und ermordet worden.) Allein diese Stationen reichen, um ein junges Mädchen zur Verzweiflung zu bringen. Im April 1943 wird das Lager Neuendorf geschlossen, Esther am 20.4.1943 nach Auschwitz deportiert. Hier erlebt sie die wahre Hölle und hat »Glück«: Sie darf im Mädchenorchester des KZ Akkordeon spielen, was sie von körperlicher Schwerstarbeit befreit. Täglich begleitete das Orchester den Aus- und Einmarsch der Häftlinge zur Arbeit. Im November 1943 wird sie, »ein Viertel arisch« wegen einer christlichen Großmutter, nach Ravensbrück verlegt. Das KZ galt nicht als »Vernichtungslager«. Ende April 1945 werden die Häftlinge auf den »Todesmarsch« Richtung NW geschickt. Hier gelingt ihr die Flucht. Für Esther Bejarano ist der 8. Mai 1945 ein wahrer Tag der Befreiung.

Diese Fakten und ihr Leben in Palästina, später Israel, die Heirat mit Nissim, die Geburt von Tochter Edna und Sohn Joram sowie die Übersiedlung nach Hamburg erfährt der Leser aus Esthers Aufzeichnungen. In den 70er Jahren wecken NPD-Aktionen ihren Widerstandsgeist, der sie bis heute umtreibt – sowohl als Zeitzeugin als auch mit ihren Bands.

Die Schüler*innen, denen sie aus ihrem Leben berichtet, bittet sie: »Ihr habt gesehen, wohin Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus geführt haben, das darf nie wieder passieren, darum müssen wir uns dagegen wehren.« Ihr Credo lautet: »Ich bin ein Mensch voller Hoffnung.«

Die Erinnerungen werden durch ein Interview von Antonella Romeo mit Esther Bejarano inhaltsreich ergänzt, auch durch viele Fotos. Ein Buch im 75. Jahr der Befreiung vom Faschismus, lesenswert und wichtig für unsere politische Bildung!

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Esther Bejarano: Erinnerungen
Laika Verlag, 208 Seiten + DVD
(Konzertmitschnitt, Interviews),
21 Euro,
ISBN 978-3-944233-04-8



**Rezension zu Klaus Steinitz:
»Aus Erfahrungen lernen. Damit Sozialismus wieder zu einer realen Alternative wird.«**

Umfragen verweisen darauf, dass nach Meinung einer Bevölkerungsmehrheit die wirtschaftliche Situation in Deutschland positiv zu bewerten ist und es den Menschen gut geht. Bei genauerer Betrachtung der gesellschaftlichen Zustände zeigen sich jedoch zunehmend Verunsicherungen und soziale Ängste. Zweifel werden laut, wie es in der Gesellschaft weitergehen wird und ob die auftretenden Probleme bewältigt werden können? In diesem Zusammenhang wird gerade in der jüngeren Generation erneut der Sozialismus als gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus ins Gespräch gebracht. Noch aber sind nach dem Scheitern des Staatssozialismus die Bedenken und Abwehrreaktionen gegenüber einer sozialistischen Alternative in breiten Teilen der Bevölkerung groß. Politik und Medien leisten ein Übriges, um Sozialismus als »Schreckgespenst« zu verteufeln.

Der Wirtschaftswissenschaftler Klaus Steinitz sieht im Sozialismus nach wie vor eine realistische Alternative zum kapitalistischen Gesellschaftssystem. All den ständigen Diffamierungen des gescheiterten Staatssozialismus zum Trotz, wirft er in seiner Broschüre die Frage auf, ob es aus den Erfahrungen mit dem Staatssozialismus für die Gestaltung zukünftiger Prozesse nicht auch etwas zu lernen gibt? Steinitz vertritt die Ansicht, dass das Wissen und die Erfahrungen aus der Vergangenheit – wenn sie richtig angewendet werden – uns durchaus helfen können, neue, zeitgemäße und zugleich zukunftsweisende Wege zu gehen. Ignoranz und Abwertung der von den Menschen in der DDR erbrachten Leistungen und die Missachtung ihrer Erfahrungen verbauen eher den Blick auf eine bessere Zukunft. Die Mühen der Vergangenheit waren nicht vergebens, wenn man es versteht, die gesammelten Erfahrungen unvoreingenommen und zielorientiert auszuwerten. »Erzähle mir die Vergangenheit und ich werde die Zukunft erkennen«, meinte bereits Konfuzius.

In einer gründlichen Analyse geht Klaus Steinitz auf Erfolge sowie wesentliche Defizite und Schwächen der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR ein, vermeidet dabei jedoch jegliche Verklärungen. Ihn beschäftigt dabei die Frage, welche Erfahrungen für einen zukünftigen Sozialismus von Bedeutung sein könnten? So u. a., dass eine sozialistische Eigentumsordnung bei Dominanz der vergesellschafteten Formen des Eigentums verschiedene Formen des Eigentums umfassen sollte, in die ökonomische Strategie eines zukünftigen Sozialismus unbedingt Vorstellungen vom Markt und der Marktwirtschaft gehörten, auf eine makroökonomische Planung nicht verzichtet werden könne, die Verbindung einer vertikalen Planung nach Bereichen und Zweigen mit der regionalen Entwicklung durch territoriale Komplex-Beratungen sinnvoll wäre. Der Autor plädiert für eine Neubestimmung

der Fortschrittskriterien für die Entwicklung der Produktivkräfte und der gesamtwirtschaftlichen Effizienz und fordert nachdrücklich ein radikal verändertes, neues Herangehen an Fragen des Wirtschaftswachstums. Angesichts der fortschreitenden Globalisierung und der Notwendigkeit eines weltumspannenden Klima- und Umweltschutzes ist eine neue Qualität internationaler Beziehungen unumgänglich. Dazu könnten einige Momente positiver Erfahrungen aus den Wirtschaftsbeziehungen des RGW beitragen.

Klaus Steinitz geht es jedoch nicht nur um eine Aufzählung von positiven und negativen Erfahrungen. Schlussfolgerungen für die Zukunft ergeben sich sowohl aus den positiven wie aus den negativen Erfahrungen. Immer wieder verweist er auf die vielfältige, innere Widersprüchlichkeit von Entwicklungsprozessen und Erfahrungen, die es zu erfassen gilt, um Erkenntnisse für eine realistische und zukunftsfähige sozialistische Alternative abzuleiten.

Steinitz macht deutlich, dass der Realsozialismus nicht allein an wirtschaftlichen Schwächen und Fehlern scheiterte, sondern vor allem an seinen Demokratiedefiziten und am Subjektivismus in politischen Entscheidungen, wodurch die größeren gesellschaftlichen Herausforderungen nicht mehr bewältigt werden konnten. Ich sehe in der Broschüre von Klaus Steinitz einen wichtigen Beitrag zur laufenden Strategie-debatte in der Linkspartei. DIE LINKE nimmt zu grundlegenden gesellschaftspolitischen Problemen der Gegenwart Stellung und entwickelt dazu ihre Positionen. Das reicht aber nicht. Sie muss mehr als bisher auch Auswege aus Stillstand und Resignation verdeutlichen. Ihre Forderungen zur »Alltagspolitik« sind mit realistischen Vorstellungen von einer sozialistischen Alternative zu verbinden. Steinitz gibt viele interessante Anregungen zur Diskussion über Chancen für eine realistische sozialistische Alternative, indem er aufzeigt, wie die vielfältigen Erfahrungen in jeweils spezifischer Art und Weise für die großen Herausforderungen eines neuen demokratischen, sozial-ökologischen zukunftsfähigen Sozialismus genutzt werden können. Ein Blick in die sehr informative, sachkundig geschriebene und beachtenswerte Schrift lohnt sich!



Klaus Steinitz: Aus Erfahrungen lernen. Damit Sozialismus wieder zu einer realen Alternative wird. Supplement zu Heft 12/2019 der Zeitschrift Sozialismus. 48 Seiten. 7 Euro

Dr. Bernd Ihme, Berlin

Iran: USA drehen weiter an der Eskalationsschraube

Der Nahe Osten ist aufgrund seiner geographischen Lage zwischen Europa, Asien und Afrika und seines Ölreichtums die geopolitisch bedeutendste Region. Beachtliche 66 Prozent der globalen Erdöl- und etwa 44 Prozent der globalen Erdgasreserven befinden sich dort. Es verwundert kaum, dass er wegen des wachsenden globalen Hungers nach diesen Ressourcen die konfliktreichste Region der Welt ist. Verschiedene Super- und Regionalmächte streiten hier – mal verdeckt, mal offen – um Einfluss. Der Iran ist – neben Saudi-Arabien und Israel – der wirtschaftlich, militärisch und politisch bedeutendste Staat der Region und der sechstgrößte Erdölexporteur. Das Land scherte mit der »Islamischen Revolution« im Jahr 1979 aus dem politischen Machtbereich des Westens aus und verwandelte sich in eine jede politische Opposition brutal unterdrückende klerikal-faschistische Diktatur, die bestrebt ist, die Dominanz der USA im Nahen und Mittleren Osten zu-

rückzudrängen und den Iran zu einer Regionalmacht zu machen. Selbstverständlich ist es für die atomare Supermacht USA gänzlich inakzeptabel, dass ein ihr feindlich gesinnter Staat mit Regionalmachtambitionen ein Atomprogramm betreibt. Weil es so etwas wie eine »nur zivile« Nutzung der Atomenergie nicht gibt. Wer – wie der Iran – Uranreaktoren betreibt, verfügt grundsätzlich auch über die technologische Fähigkeit und das Wissen, atomwaffentaugliches Uran in größeren Mengen herzustellen. Und zumal die iranische Führung seit längerer Zeit die Entwicklung von Langstreckenraketen vorantreibt, die auch mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden könnten. Besäße der Iran atomare Langstreckenraketen, käme das nicht nur seinen Regionalmachtambitionen entgegen, sondern wäre zugleich auch eine faktische »Interventionschutzversicherung« gegen die USA und Israel, die es sich dann sehr genau überlegen müssten, ob sie einen

zur Atommacht aufgestiegenen Iran angreifen möchten. Deshalb wollen die Atomkräfte USA und Israel den Iran zur vollständigen Aufgabe seines Atomprogramms zwingen. Langfristig streben beide Staaten den Sturz der iranischen Machthaber und ihre Ersetzung durch US-freundliche Potentaten an. Mit der im Juli 2015 zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien, der EU, China, Russland, USA und dem Iran abgeschlossenen Atomvereinbarung schien der Konflikt um das iranische Atomprogramm abgekühlt zu sein. Doch im Mai 2018 erklärte der neue US-Präsident Donald Trump den Austritt der USA aus dieser Vereinbarung und schlug gegenüber Teheran einen zunehmend schärferen Ton an. Seitdem dreht Trump immer wieder an der Eskalationsschraube. Bisheriger Höhepunkt war die von ihm angeordnete Ermordung des

iranischen Strippenziehers Qassem Soleimani. Die Gefahr, dass diese kontinuierliche Eskalation irgendwann in einen offenen Krieg zwischen den USA, ihren regionalen Verbündeten und dem Iran münden könnte, liegt offen zu Tage. Die europäischen Regierungen zeigten sich nicht in der Lage, dieser aggressiven kriegstreiberischen Politik der USA wirksam zu begegnen und steuern mittlerweile zunehmend in deren Fahrwasser.

Als internationalistische und antimilitaristische Linke können wir uns weder auf die Seite der iranischen Machthaber noch der USA stellen. Stattdessen müssen wir uns konsequent gegen jede Kriegstreiberei und für die Vernichtung aller atomaren Waffen einsetzen und uns mit jenen Menschen im Iran solidarisieren, die für Frieden, Demokratie, soziale Rechte und individuelle Freiheit kämpfen.

Alexander Fröhlich,
Blankenfelde-Mahlow

Wahlkreistag

Norbert Müller, MdB, Kinder- und Jugendpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Vorsitzender der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, besuchte zu seinem Wahlkreistag den Landkreis TF. Dieser führte ihn mit engagierten Mitarbeiter*innen der Kindertagesstätten »Vier Jahreszeiten« und »Burg« sowie deren Trägerschaften in Luckenwalde zusammen. Im Gespräch mit der Leiterin der Kindertagesstätte »Vier Jahreszeiten«, Carmen Scheibe, und deren Stellvertreterin ging es u. a. um geförderte Bildungsprogramme auf sprachlichen und naturwissenschaftlichen Gebieten. Kita-Referentin Diana Zabel wies darauf hin, dass in den Kitas der Grundstein für die frühkindliche Bildung gelegt wird. Sie tragen nicht den Charakter einer Vorschule, sondern erstellen Angebote, die Kinder neugierig auf Bildung machen sollen. Viel Geld wurde in die Beitragsfreiheit investiert, aber kaum in die Qualität. Auch der Fachkräftemangel ist in den Luckenwalder Kitas angekommen. Teilweise bilden die Kitas ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selber aus, die dann auch übernommen werden. Diese praxisintegrierte Ausbildung wird gut angenommen. Sie erfolgt in einer Teilzeitausbildung,

drei Tage Schule, zwei Tage Arbeit. Jedoch ist das schwierig, weil noch kein Geld verdient werden kann. Jedes Jahr starten zwei Azubis oder auch Quereinsteiger*innen, die dann eingestellt werden. Eine Möglichkeit, den Beruf attraktiver zu machen, wäre auch die Ausstattung der Häuser, damit die ausgebildeten Leute bleiben. Vom Landes-Kita-Gesetz sprach Norbert Müller von einem »Moloch«, einem »wüsten Flickenteppich«. Das Kitagesetz muss angefasst und verbessert werden. Der Fachkraft-Kind-Schlüssel muss mit Rechtsanspruch geregelt werden. Weitere Themen waren der Kinderschutz, die sexuelle Gewalt und Fragen dazu, wie Einrichtungen damit umgehen. Dazu sagte Frau Zabel, dass es über die Kinderschutzorganisation Konzepte gibt, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit aktuellem Wissen zu versorgen. Kinderschutzmeldungen haben zugenommen in TF (nicht sexuelle, sondern häusliche Gewalt). In der KITA »Burg« wurde Norbert Müller vom Geschäftsführer des Verbandsbereiches Fläming Elster der Volkssolidarität (als Träger der Kitas), Florian Förster, der Leiterin der KITA, Manuela Asztalos und ihrer Stellvertreterin, Frau Jungen, empfangen.



In der Kreisverwaltung Teltow-Fläming fanden u. a. Gespräche mit der Landrätin Kornelia Wehlan, der 1. Beigeordneten Kirsten Gurske und dem Jugendamtsleiter Falko Lachmann, statt. Weitere Themen dabei waren u. a. die Personalgewinnung von Fachkräften, die Integration und Inklusion, die Migrationsberatung, das Ehrenamt und die Pflege. Norbert Müller konnte während seines Besuches viele Eindrücke und Informationen sammeln, die er gebündelt mit in den Bundestag nimmt.

Sabine Gumpel, Jüterbog

DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

Ehrungen zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus
8. Mai 2020

Beratung Redaktion Linksblick
13.5.2020, 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand
13.5.2020, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Mandatsträgertreffen Landesverband
16.05.2020, in Potsdam

7. Bundesparteitag
12.-14.6.2020 in Erfurt

Gemeinsame Beratung Kreisvorstand und KT-Fraktion
20.6.2020, 9.30 Uhr

ALLE TERMINE MIT BLICK AUF DIE
CORONA-PANDEMIE UNTER VORBEHALT
VON ZEIT UND ORT.

DIE LINKE. Teltow-Fläming **VOR ORT UND IM NETZ:**

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

[facebook.com/dielinke.tf](https://www.facebook.com/dielinke.tf)

Auch interessant:

dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam(MBS)
IBAN:
DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe
und Zuschriften sind
ausdrücklich
erwünscht.**

VORGESTELLT:



Eine von uns

Dr. Ulrike Anders

geboren am 23.10.1979, wohnt in Jüterbog, studierte Biologie, Doktor in Naturwissenschaften, weitere Ausbildung zur Holzbildhauerin, arbeitet als Spielplatzplanerin bei der Firma SIK Holz GmbH

Was ist für dich links?

Das Gegenteil von rechts? Nein mal im Ernst. Links ist für mich das solidarische Miteinander zwischen den Menschen, Hilfestellungen für Schwächere, sozialer Ausgleich. Es ist für mich mehr eine innere Empathie anderen gegenüber, und ich schließe da nicht nur die Menschen mit ein, die uns ein friedliches Zusammenleben ermöglichen sollten.

Was regt dich auf?

Egoistische und dumme Menschen, die sich in die Situationen anderer nicht hineinversetzen können, Leid und Elend ignorieren und Propaganda nachgrölen, ohne eigene Gedanken zu entwickeln. Mich stimmt aber zuversichtlich, dass gerade jetzt, in Zeiten der eigenen Not, enorm viele Menschen zeigen, wie es auch anders geht. Ich kann nur hoffen, dass sich diese Hilfsbereitschaft in den Köpfen etabliert und über Grenzen hinausgeht.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Ich kann nicht sagen, dass es in letzter Zeit große Überraschungen gegeben hat. Ich hoffe aber weiter, vor allem auf positive.

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Ich denke nicht gerne in Begriffen, wie Vaterland oder Mutterland. Für mich ist dies hier meine Heimat, in der meine Familie lebt und in der ich aufgewachsen bin. Ich fühle mich wohl und lebe gerne hier. Ich bin weltoffen, dennoch sind meine Wurzeln hier. Ein Mensch wird vollkommen durch seine Erinnerungen und meine intensivsten Erinnerungen, vor allem Gefühle, habe ich hier.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Offenheit, Nachsicht, Güte, Humor, Ehrlichkeit, Geduld und wahrscheinlich noch einiges mehr. Am

Ende kommt es hauptsächlich darauf an, wie der Mensch im Ganzen ist. Schwächen hat jeder, aber solange man sich dieser bewusst wird und daran arbeitet, stehe ich jedem offen gegenüber.

Wie sollte Jüterbog in zehn Jahren aussehen oder was wünschst du dir für Jüterbog? Anders gesagt: wovon träumst du?

Geld? Nein, ich hoffe wirklich, dass sich Jüterbog in den nächsten zehn Jahren weiter entwickelt. Damit meine ich nicht nur Baumaßnahmen oder den Ausbau von KITAS und Schulen, sondern vor allem die Entwicklung jedes Einzelnen. Ich hoffe, dass die Menschen wieder anfangen, positiver in die Welt zu blicken und Jüterbog dadurch weltoffener wird. Ich würde es begrüßen, wenn Menschen aus anderen Kulturen, Ländern und Regionen, mit unterschiedlichsten religiösen Hintergründen, nicht mehr so ewig skeptisch betrachtet werden und dieses „Alle über einen Kamm scheren“ endlich aufhören könnte. Ich hoffe es kommt wieder eine gewisse Leichtigkeit in die Herzen zurück. Die Stadt ist schließlich nicht nur das Gerippe der Gebäude, sondern zeigt ihr Antlitz vor allem durch die Menschen, die in ihr leben.

Was bedeuten dir Kunst und Kultur?

Kunst und Kultur sind weite Begriffe für mich und finden sich nicht nur in Theatern und Museen wieder. Sie sind lebendig. Kultur wird jeden Tag gelebt. Kunst ist überall, wenn man aufmerksam seine Umgebung betrachtet. Sie sind Inspiration und Weltenöffner, sie bringen Menschen zusammen und zeichnen die Geschichte nach. Sie erinnern uns und geben uns Aussichten auf die Zukunft. Sie formen unsere Gedanken und regen uns zum Nachdenken an. Kunst und Kultur braucht die Menschheit, um sich ihrer selbst bewusst zu werden. Dies macht uns einzigartig. Nicht überlegen, aber einzigartig.

Spendenaufruf

Liebe Leserin, lieber Leser, seit Jahren erreicht Sie und Euch nun in gewohnter Regelmäßigkeit unsere Zeitung. Ob als gedrucktes Exemplar, verteilt durch unsere Mitstreiter*innen in ihrer Freizeit, oder per E-Mail über unseren Verteiler. So oder so ist es unser Anspruch, best- und höchstmögliche Qualität beim Linksblick zu sichern. Das gibt es nicht gratis. Jede Ausgabe schlägt für ihre Erstellung mit gut 2.000 Euro

zu Buche. Kosten, die wir aus den Beiträgen unserer Parteimitglieder und Spenden bestreiten. Auch weiterhin soll es unseren Linksblick für alle gratis geben. Wir freuen uns aber über jede (regelmäßige) Spende zur Unterstützung. Können Sie, könnt ihr, dazu einen (zusätzlichen) finanziellen Beitrag leisten? Wir freuen uns über jeden Euro und bescheinigen natürlich auch gern jede Spende!



Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktionsschluss: 30. März 2020
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 1.500, April 2020
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Spendenkonto
Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam(MBS)
IBAN: DE80 16050000 3633027415

PS: Und wer den Linksblick zukünftig nicht mehr gedruckt, sondern umweltfreundlicher nur noch online als pdf-Datei lesen möchte, kann unter Angabe der entsprechenden E-Mailadresse in einer formlosen Mail an redaktion@dielinke-tf.de das **kostenlose Online-Abo** veranlassen.